

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

| | | |
|------------------------------|---------------------|-----------------------------|
| öffentlich | | Drucksache Nr. 0073/2017 |
| Amt/Aktenzeichen 50/50.01 | Datum 13.01.2017 | TOP |

| | | | |
|---|----------------------|--------------|---------------|
| Behandlung in der Verwaltungsbesprechung am | | | |
| Beratungsfolge Gremium | Zuständigkeit | Datum | Status |
| Ortsbeirat Mainz-Neustadt | Kenntnisnahme | 01.02.2017 | Ö |

| |
|---|
| Betreff: Sachstandsbericht zum Antrag 1337/2016 der ÖDP Ortsbeirat Mainz-Neustadt hier: Kommissbrotbäckerei - Sozialer Wohnungsbau |
| Mainz, 19.01.2017 gez. Merkator Kurt Merkator Beigeordneter |

Beschlussvorschlag:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag 1337/2016 wird als erledigt erklärt.

Der Antrag wird mit nachfolgendem Sachstandsbericht beantwortet.

Zu Punkt 1:

Der geforderte Anteil von 25% geförderten Wohnungsbaus ergibt sich schon aus dem Grundsatzbeschluss des Stadtrates vom 03. Dezember 2014 zur Partnerschaftlichen Baulandbereitstellung. Grundsätzlich ist die Wohnraumförderung als Träger der öffentlichen Belange im Bauleitverfahren bei der Schaffung von Wohnraum beteiligt. Somit ist auch sichergestellt, dass die Partnerschaftliche Baulandbereitstellung (PBb) zum Tragen kommt und somit die Quote 25% geförderter Wohnungsbau erfüllt wird. Sobald für das Areal der Kommissbrotbäckerei ein Bauleitverfahren eröffnet, wird die PBb-Stelle Kontakt mit dem Grundstückseigentümer aufnehmen und von diesem vor Aufstellungsbeschluss eine Verpflichtungserklärung zur Teilnahme an der PBb abverlangen

Die in der Begründung des Antrags dargelegte Notwendigkeit der Bereitstellung sozialen Wohnraums ist unbestritten.

Zu Punkt 2:

Zwischen Wohnbau Mainz und der Verwaltung sind bereits intensive Gespräche bzgl. der Realisierung von bezahlbarem Wohnraum im Planungsgebiet erfolgt. Für die Weiterentwicklung wurden auch für die Zukunft wechselseitige Abstimmungen und ein gegenseitiger stetiger Informationsaustausch vereinbart.